



# Rede

von Frau Staatsministerin Dr. Beate Merk

anlässlich des

**40-jährigen Bestehens  
des Kreisverbands  
der Frauen-Union  
Regensburg-Land**

am 30.11.2011

in Neutraubling

## Übersicht

1. Beteiligung von Bürgern
  - a) Stuttgart 21
  - b) Castor-Transporte
2. Stalking
3. Zwangsheirat
5. Abschluss

Es gilt das gesprochene Wort

## **Einleitung**

Anrede!

40 Jahre Kreisverband Frauen-Union  
Regensburg-Land -

das sind 40 Jahre **Engagement**.

40 Jahre **Einsatz** für die gemeinsame Heimat.

40 Jahre **kreative Ideen**.

40 Jahre **Zusammenarbeit**.

40 Jahre **Politik** - für Frauen, von Frauen, mit  
Frauen.

Liebe **Sylvia Stierstorfer**,

ich freue mich ganz besonders, dass ich heute bei dem Jubiläum deines Kreisverbands eingeladen bin.

Ich weiß, wie wichtig dir die Anliegen deines Kreisverbandes sind. Mit wie viel Kraft und Einsatz du im Bayerischen Landtag für deinen Landkreis, für deine Heimat, für dein Bayern kämpfst, kann ich nahezu jede Woche erleben!

Mein ganz besonderer Gruß gilt natürlich auch Frau **Barbara Lanzinger** als Bezirksvorsitzende der Frauen-Union und Frau **Edeltraud Watter** als Ortsvorsitzende.

Liebe Barbara, liebe Edeltraud Watter,

das Engagement der Frauen-Union im Landkreis Regensburg und in der Oberpfalz überhaupt in Sachen Frauenpolitik ist ganz herausragend!

Die Frauen Union setzt sich für die Belange, Wünsche und Anliegen der Frauen aller sozialer Schichten und sämtlicher Altersgruppen ein. Mit guten Argumenten, mit Verstand und Gefühl für die Sache. Wenn es sein muss, auch mit dem notwendigen Nachdruck! Dafür herzlichen Dank!

Anrede!

Ohne Menschen, die sich einmischen, die den Mund aufmachen, die Unrecht öffentlich

anprangern. Ohne diese Menschen,

meine sehr geehrten Damen,

funktioniert kein demokratischer Staat.  
Funktioniert überhaupt kein Gemeinwesen. Es  
wäre eine leere Hülle, ein luftleerer Raum. Ein  
Vakuum. In dem das Leben nicht nur keinen  
Spaß macht, sondern unmöglich ist.

So oder so ähnlich haben wohl auch die Gegner  
von **Stuttgart 21** gedacht. Vielleicht auch die  
**Castor-Gegner**.

Aber die **Grenze** zwischen "Mund aufmachen"  
auf der einen Seite und "wildem Gebrüll",  
passiver Gewalt oder gar aktivem Zuschlagen  
auf der anderen Seite ist schnell überschritten.

Das haben die **Montags-Demonstrationen** vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof und der **Castor-Transport** am vergangenen Sonntag deutlich gezeigt.

Meine Damen,

ein Staat braucht **mündige Bürger**. Menschen, die sich für ihre Mitmenschen und für ihr Umfeld interessieren. Die sich an Meinungsfindungen, an politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen.

Die solche demokratisch getroffenen Entscheidungen auch hinterfragen. Erklärungen fordern.

Denn genau das,

meine Damen und Herren,

ist wirklich gelebte Demokratie. Das ist der Preis unserer Freiheit.

Aber genau wie der Staat selbst müssen auch die Bürger sich an die **Spielregeln, an geltendes Recht** halten. Das erwarten die Bürger vom Staat. Das darf der Staat auch von seinen Bürgern erwarten.

Apropos Erwartungen: Ich hoffe sehr, dass der erbitterte Streit um Stuttgart 21 am letzten Sonntag sein Ende gefunden hat.

Sicherlich: Wir alle haben aus dem Streit auch **vieles und wichtiges gelernt**, das sich auf drei Punkte bringen lässt:

**Mitreden**  
**Einbinden**  
**Ernstnehmen**

Um es ganz deutlich zu sagen:

Natürlich müssen sich demokratisch gewählte Regierungen bei ihren Entscheidungen Widerspruch und Widerstand gefallen lassen.

Denn: **Demokratie funktioniert nur,**

- wenn die Menschen **mitreden** können.
- Wenn wir sie **einbinden**, indem wir ihnen **vor** der endgültigen Entscheidung ein

Podium geben. Auf dem sie ihre Vorschläge, Ideen und Ängste äußern können.

- Und Demokratie funktioniert nur, wenn wir diese Vorschläge, Ideen und Ängste auch ernst nehmen.

Nur dann sind Entscheidungen **transparent** und **nachvollziehbar**. Nur dann sind sie **wirklich** demokratisch getroffen.

Natürlich gab es **Bedenken** gegen Stuttgart 21, z.B. bei den Punkten

- Umweltschutz
- Wirtschaftlichkeit
- Denkmalschutz
- Streckenführung.

Die Demonstrationen haben auf diese Punkte auch immer aufmerksam gemacht.

Aber: Genau diese Bedenken sind bereits im **Planfeststellungsverfahren**, das in den Jahren zuvor durchgeführt worden ist, ausführlich **geprüft** worden!

Die Vorschläge, Ideen und Ängste der Menschen sind zu **jedem** Zeitpunkt ernst genommen und berücksichtigt worden.

Anrede!

Eines sage ich ganz deutlich: Das Ergebnis jahrelanger Planungs- und Genehmigungsverfahren **muss** Bestand haben, auch wenn es einigen nicht gefällt. Auch das ist

Demokratie!

Unser Staat muss **handlungsfähig** bleiben - und darf sich nicht lähmen lassen, wenn es um die Umsetzung von Entscheidungen geht.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass das Ergebnis bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg so ausgefallen ist. Die Bürger haben mit fast 60 % **ein klares Votum** für den Weiterbau des neuen Bahnhofs und für eine leistungsfähige Schienenstruktur im Land gegeben.

Ich weiß, dass einige ganz Hartgesottene weiter gegen das Großprojekt kämpfen wollen. Für Enttäuschung und Frust nach solchen Kämpfen mag man Verständnis haben, für das weitere

Kämpfen allerdings fehlt es mir völlig! Denn das hat mit Demokratie nichts mehr zu tun.

Vielmehr gewinnt man den Eindruck, dass es den Leuten nicht um eine Mehrheitsentscheidung in der Sache geht. Sondern um das Kämpfen selbst. Dass Gebrüll und Gewalt ein **Selbstzweck** geworden sind.

Genau den gleichen Eindruck,

meine sehr geehrten Damen,

hatte man von den Aufständen wegen des Castor-Transports am letzten Wochenende.

Da ist eine Entscheidung längst gefallen - diesmal sogar zugunsten der Demonstranten.

Der endgültige und schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomstrompolitik.

Und dennoch: Menschen blockieren den Zug - nicht nur mit Worten. Sondern mit vollem Körpereinsatz.

Ein Demonstrant wurde gefragt, warum er denn hier sei.

Die Antwort: *"Ich war schon immer hier. Schon als Kind mit meinen Eltern. Schade, dass die Transporte bald vorbei sind, dann trifft man die ganzen coolen Leute nicht mehr."*

Diesen Menschen,

meine Damen,

geht es gar nicht um das Mitreden. Um das Eingebunden-Werden. Um das Ernst-Genommen-Werden. Diesen Menschen geht es um den Krawall.

Dabei verursachen sie große **Gefahren**:

- **Für sich selbst**, indem sie sich an Gleise, an Betonklötze und Gittern festketten.
- **Für die Führer** des Castortransports.
- Und **für die Polizisten**, die den Transport mit ihrem Führer schützen müssen.

Von "**Abschottern**" wird berichtet - ein viel zu harmlos klingendes Wort für das, was die Demonstranten vor Ort tun. Sie unterhöhlen die Bahngleise und zwingen den Zug, zu halten. Sie riskieren, dass er samt seiner Ladung entgleist.

Dass Lokführer und Zugbegleiter schwer verletzt werden,

meine Damen:

Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine **Straftat**. Höchststrafe 10 Jahre.

Wer diese strafbaren Blockaden wie Claudia Roth dann auch noch lobt, hat die Grundregeln unseres Rechtsstaates mit keiner Silbe verstanden.

Nicht der Polizeieinsatz ist ein Anschlag auf die Demokratie, wie Claudia Roth meint. Wenn sie das Treiben der Demonstranten als "zivilen Ungehorsam" bezeichnet - dann ist das nicht nur Schönrederei. Sondern politische Brandstiftung.

Das, was einige der Demonstranten tun, ist ein Angriff auf den Rechtsstaat und in höchstem Maße demokratiefeindlich.

Bei den Protesten gegen den Castor-Transport sind insgesamt 133 Polizisten verletzt worden: Durch Stein- und Flaschenwurf. Durch Golfbälle, die mit Nägeln gespickt waren. Durch Feuerwerkskörper. Durch körperliche Gewalt.

21 beschädigte und zerstörte Polizeifahrzeuge runden die traurige Bilanz ab.

Friedliche Proteste: Ja! Jederzeit! Aber friedlich, das sind Blockaden sicher nicht. Und Abschottern sicher auch nicht!

## **Überleitung**

Anrede

So gut und so richtig die Demokratie auch ist. Ich bin mir auch bewusst, dass sie für den Einzelnen Nachteile bergen kann. Für den, der überstimmt wurde. Dessen Meinung keine Berücksichtigung gefunden hat.

Aber so ist das nun einmal in zwischenmenschlichen Beziehungen. Es gilt, Kompromisse zu finden. Um jetzt und auf Dauer miteinander auszukommen.

Leider,

meine Damen,

gibt es aber auch Fälle, in denen Menschen unter gar keinen Umständen mehr miteinander auskommen können. In denen das Zusammensein mit dem anderen die schiere Hölle ist.

## **Stalking**

Es gibt Menschen - meistens sind es Frauen - die Tag für Tag in blanker Angst leben.

Die nach einer unruhigen Nacht wach werden und sich nicht vor die Türe trauen.

Die zusammenschrecken, wenn das Telefon klingelt.

Die den Anrufbeantworter abschaffen, weil sie sich nicht trauen, ihn abzuhören.

Obwohl sie umgezogen sind. Den Arbeitsplatz gewechselt haben. Den Kontakt zu allen früheren Freunden abgebrochen haben.

Die Rede ist von Menschen, die zu Stalking-Opfern geworden sind.

Viele von uns glauben, dass ihnen das nie passieren könnte. Dass ihre Menschenkenntnis sie vor dem Kontakt zu solchen Psychopaten schützen würde.

Aber dem ist nicht so. Einem Psychopathen steht seine Krankheit nicht ins Gesicht geschrieben.

Wenn die erste Verliebtheit um ist, werden die Opfer stutzig. Fragen sich, ob das noch normal ist. Geschenke, die man nicht möchte, werden zur Belästigung. Anrufe, über die man sich nicht freut, zur Bedrohung. Kurznachrichten über SMS zu Angriffen. Eine Weile wird man sich das noch ansehen. Aber dann will man nur noch weg.

Das Problem dabei: So einfach ist das nicht.

Der Stalker weiß, wo sein Opfer wohnt, arbeitet und in welches Sportstudio es geht. Er kennt die Telefonnummern und die E-Mail-Adressen. Die Eltern und Verwandten, die Freunde, die

Gewohnheiten und die Marotten.

Anrede

Erst vor wenigen Wochen habe ich mich mit einem Stalkingopfer, einer Frau aus Oberfranken, unterhalten.

Die Frau hat mir vom psychischen Dauerstress berichtet. Dass ihr neuer Bekannter Stalker ist - damit hatte sie nie gerechnet.

Bis er ihr im Minutenabstand E-Mails und SMS schickt.

Ihr vor dem Apartment auflauert, das mehrere Hunderte Kilometer von seinem eigenen entfernt ist.

Bis er einen Freund bittet, sich in ihren E-Mail-Account einzuloggen und ihre Nachrichten liest.

Er spitzelt die Adressen ihrer Eltern und Freunde aus.

Als er sie auf ihrem Handy mit der niegelagerten Nummer anruft, ist sie fassungslos. Und gelähmt vor Angst: Die Nummer hatte sie erst am Tag zuvor gewechselt. Sie wollte damit dem täglichen Anruf- und SMS-Terror entfliehen.

Seit vielen Jahren kämpfe ich und weiß genau: Stalking ist kein Kavaliersdelikt. Sondern ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitssphäre. Der leider viel zu oft mit blanker Gewalt endet.

Aber,

sehr geehrte Damen und Herren,

die **Frauen Union** hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass sie nicht wegschaut, wo ihr Einsatz notwendig ist, wo die Vertretung der Interessen von Frauen elementar, ja sogar **lebensentscheidend** ist.

Und ein **verbesserter Schutz** von **Stalkingopfern** ist eines dieser Themen.

Jahrelang habe ich für einen gesetzlichen Schutz für Stalkingopfer gekämpft. Mit Erfolg:

Dass wahnhaftige Nachstellungen, SMS-Terror, nächtliches Klingeln oder Telefonanrufe in einer

eigenen Regelung strafbar sind, ist dem nachdrücklichen Einsatz Bayerns im Bundesrat zu verdanken.

Das hat sich gelohnt:

Knapp 30.000 Stalkingfälle wurden in Deutschland vergangenes Jahr zur Anzeige gebracht.

Was wir bei diesen Anzeigen aber auch gemerkt haben, war: Die gesetzliche Regelung deckt viele Fälle ab, geht aber **nicht weit genug**.

Derzeit können wir einen Stalker nur bestrafen, wenn er das **Opfer schwerwiegend** in seiner **Lebensgestaltung beeinträchtigt**. Wenn das Opfer zum Beispiel umziehen oder den

Arbeitsplatz wechseln muss.

Eine rein **psychische Belastung** des Opfers reicht nicht aus. Das führt zu einem paradoxen Ergebnis:

Die Frau, die alles daran setzt, möglichst normal weiter zu leben - die Frau, die ihr Leben nach außen so weiterführt wie bisher - diese Frau wird **nicht geschützt**.

Genau das aber ist das falsche **Signal!**

**Effektiver Schutz bedeutet:**

Wir müssen diese **Lücke im Strafrecht schließen**. Auch die Opfer, die die psychische Qual still ertragen, die sich mit all ihrer Kraft

bemühen, ihr Leben weiter zu führen - auch sie brauchen und verdienen unseren Schutz!

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir breite Unterstützung - innerparteilich und in der Bevölkerung.

Am **30. März** werde ich mit einem Aktionstag zum Thema Stalking im Justizpalast in München die Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenken!

Und ich bitte Sie,

sehr geehrte Damen,

mich im Kampf um den Schutz von Stalking-Opfern zu unterstützen. Sie brauchen jede einzelne unserer Stimmen!

## Zwangsheirat

Wie jeder, der Opfer von körperlicher oder psychischer Gewalt geworden ist. Wie jeder, der Opfer solcher Gewalt zu werden droht. Wie etwa die jungen Frauen und Männer - oft sind es noch Mädchen oder Jungs - die gegen ihren Willen miteinander verheiratet werden sollen.

Sicher: Schon **Oscar Wilde** hat einmal mit einem Augenzwinkern gesagt: "*Ehe ist gegenseitige Freiheitsberaubung*".

Er hat aber angefügt: "*in beiderseitigem Einverständnis*".

Wie ist es aber, wenn die gegenseitige Freiheitsberaubung **nicht im beiderseitigen Einverständnis** erfolgt?

Wenn einer von beiden - manchmal vielleicht auch beide - zur Ehe gezwungen werden?

Leider ist **Zwangsheirat** auch hier in Deutschland ein Thema. Meist Mädchen und junge Frauen werden gezwungen, den Rest ihres Lebens mit einem Mann zu verbringen, den sie sich nicht ausgesucht haben.

Den sie vielleicht bei der Eheschließung das erste Mal gesehen haben.

Sympathie, Gefallen oder gar Liebe spielen hier keine Rolle. Sondern Nötigung. Zwang. Vergewaltigung. Und zwar ein Leben lang. Auch hier ist ein Weglaufen für die meisten ausgeschlossen.

Am vergangenen Wochenende habe ich ein Interview mit einer jungen türkischstämmigen Frau gehört. Einer zwangsverheirateten Frau. Mit einem gewalttätigen Ehemann. Der sie und das gemeinsame Kind drangsaliert hat.

Sehr geehrte Damen,

lange hat diese junge Frau das alles hingenommen. Aus Angst vor ihrer Umgebung. Aus Furcht vor der totalen Isolation, der Ausgrenzung durch ihre Familie.

Erst spät gelang ihr der Ausstieg. Erst, als ihr Mann 8 Mal auf sie geschossen hat.

Diese Geschichte ist kein Einzelfall. Eine aktuelle Studie im Auftrag des

Bundesfamilienministeriums zeichnet ein erschreckendes Bild:

Berater aus Schutzeinrichtungen in Deutschland gaben an, dass sie im Jahr 2008 knapp **3.500 Personen** zum Thema Zwangsverheiratung beraten haben.

Und die **Dunkelziffer** ist weit höher. Viele erdulden ihr Leiden in Schweigen. Schließlich wird nicht jede Frau mit 8 Schüssen zu einer Flucht "überredet".

Der Weg zur Beratungsstelle ist, auch wenn sie in der nächsten Straße liegt, für viele Frauen zu weit. Zu riskant. Schließlich könnte die Familie erfahren, dass sie Hilfe gesucht hat. Und das würde nur weiteren Zwang, weitere Gewalt

provozieren.

Hinzu kommt, dass diese Frauen so erzogen wurden, dass die Familie der Kern ihres Lebens ist. Sie haben keine anderen Kontakte als die Familien. Sie teilen mit niemandem sonst ihre Schicksale. Das gilt ihnen als Tabu.

Es wäre ein unverzeihlicher Vertrauensbruch, ein Verstoß gegen alle Regeln, die sie von Kindesbeinen an gelernt haben.

Umso wichtiger ist es, dass wir als **Staat und als Gesellschaft** nicht wegschauen. Und weil die Gesellschaft aus jedem einzelnen von uns besteht, sind wir es, die hinschauen, die helfen müssen.

Wir müssen die Opfer erkennen. Und damit sie sich öffnen, müssen wir sie spüren lassen,

- dass das, was ihnen widerfährt, nicht Recht, sondern Unrecht ist,
- dass niemand von uns Unrecht ertragen muss,
- dass es für jedes Problem eine Lösung gibt, mit der alle Beteiligten gut leben können.

Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir getan, als wir die Zwangsheirat im Juli unter Strafe gestellt haben.

Es war mir ungeheuer wichtig, mit einem eigenen Straftatbestand ein deutliches Signal zu setzen: Zwangsheirat ist Unrecht. Niemand

muss sie dulden. Und: Wir bestrafen die Täter und helfen den Betroffenen.

Lange haben wir für diese gesetzgeberische Regelung gekämpft. Der neue Straftatbestand ist definitiv ein Sieg - wenn auch nur auf der ersten Etappe.

Denn,

meine sehr verehrten Damen,

vieles spielt sich bei diesem Thema in **Parallelwelten** ab, in die die staatlichen Apparate keinen Einblick haben, in die der Arm des Staates nicht hineinreicht. Sie sind mit Zugangsschranken versehen - das Codewort kennen nur die beteiligten Kreise.

Umso wichtiger ist es, dass **jeder Einzelne** mit offenen Augen durch die Welt geht. Dass jeder von uns als vertrauensvoller Ansprechpartner in Betracht kommt. Dass wir aufmerksam sind und Warnsignale nicht übersehen.

Wir müssen ein **stabiles Netz** schaffen, das Frauen auffängt, wenn sie sich aus den Krallen der Familie lösen wollen und gelöst haben. Das ihnen zeigt: Ihr seid nicht allein. Wir sind für euch da!

Wir brauchen Menschen, die über ihre eigenen vier Wände hinaus denken, die sich zuständig und verantwortlich fühlen, die den Mund aufmachen, wenn Unrecht geschieht!

Menschen, wie sie in der CSU und in der Frauen Union daheim sind!

## **Abschluss**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich von Herzen, dass ich heute bei Ihnen sein darf. Bei Frauen, die etwas zu sagen haben, die Verantwortung für sich und andere übernehmen, die nicht wegschauen, wenn Unrecht geschieht.

Die nachhaltig für die Interessen von Frauen kämpfen, die aber auch immer den richtigen Ton treffen. Hart in der Sache, aber immer fair.

Liebe Damen im Kreisverband Regensburg-Land, liebe Sylvia Stierstorfer!

So wie hier bei Ihnen - so muss echte Demokratie aussehen! Zu Ihrem Jubiläum herzlichen Glückwunsch! Bleiben Sie, wie Sie sind - so aufrichtig, so engagiert, so einsatzfreudig und so kreativ wie in den letzten 40 Jahren!